

Schwarzwälder Tageszeitung

Aus den Tannen

Algem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Abgabe... 283 | Allensteig, Freitag den 2. Dezember 1932 | 55. Jahrgang

Bayerns Eisenbahnforderungen an das Reich

Beschleunigte Feststellungsklage beim Staatsgerichtshof

Der Leiter des bayerischen Finanzministeriums, Staatsrat Schäffer, teilte im Staatshaushaltsausschuss des Bayerischen Landtages mit, daß zur Zeit zwischen Bayern und dem Reich Verhandlungen über die Forderung Bayerns auf 15,1 Millionen RM. schweben. Diese Summe bilde den Fehlbetrag, der durch die starke Minderung an Reichsteuerüberweisungen im bayerischen Staatshaushalt verbleibe. Der Staatsrat wies darauf hin, daß im Reich für Maßnahmen über deren Zweckmäßigkeit man streiten könne, Hunderte von Millionen aufgebracht wurden. Es müsse daher auch möglich sein, daß die öffentlichen Institute, wie es Länder und Gemeinden seien, dieselbe Gnade fänden, wie gewisse wirtschaftliche Großbetriebe. Hierzu komme, daß die allgemeine Finanzpolitik eine Veränderung des Finanzgleichgewichtes gebracht habe. Das Reich habe einzelne Teile der Einkommensteuer mit besonderem Namen belegt, die Vermögenssteuer usw., und damit diese Teile zu 100 v. H. für sich einbehalten, so daß Länder und Gemeinden heute tatsächlich nicht mehr 75, sondern nur noch 50 v. H. der Einkommensteuer bezögen. Bei der Reichsbahnabschindung forderten die Länder nicht, daß das Reich den Kapitalbetrag auslege, weil das Milliardenbeträge wären. Das Reich habe aber 500 Millionen Reichsbahnvorzugsaktien, die nicht Vermögen des Reiches, sondern gemeinsames Vermögen der früheren Eisenbahnländer seien. Diese Vorzugsaktien brähten eine Dividende von 7 v. H., also von 35 Millionen RM. Das Reich habe sich früher grundsätzlich bereit erklärt, diese 35 Millionen als Abschlagszahlung für die Zinsansprüche der Eisenbahnländer zur Verfügung zu stellen. Das Reichsfinanzministerium habe nunmehr Bayern mitgeteilt, daß es seine gesamte Rechtsanschauung geändert habe und das Recht jeglichen Aufwertungs- und Entschädigungsanspruches der Länder überhaupt bestritten wolle. Staatsrat Schäffer erklärte, er habe der Reichsregierung nur geantwortet, daß ihm diese Auffassung ganz unangenehm sei, weil der Bogen dadurch so überspannt würde, daß der Staatsgerichtshof ohne weiteres einsehen müsse, wo die Rechts- und Billigkeitsansprüche lägen. Die Folge werde eine beschleunigte Feststellungsklage beim Staatsgerichtshof sein müssen. Für Bayern würde sich für die letzten zwei Jahre daraus ein Betrag von 4,5 Millionen RM. errechnen.

Aus dem Reichsrat

Bereinichtigung des Scheck- und Wechselrechtes — Senkung der Eidgebühren

Berlin, 1. Dez. Der Reichsrat hielt am Donnerstag unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers Freiherrn von Gaud eine Vollversammlung ab, in der dem Vorschlag der Reichsregierung zugestimmt wurde, die Abkommen zur Vereinheitlichung des Wechselrechtes und dem auf Grund dieser Abkommen vorgelegenen Entwurf eines Wechselgesetzes erneut beim Reichstag einzubringen. Ferner stimmte der Reichsrat der Einbringung der Abkommen über die Vereinheitlichung des Scheckrechtes und des auf Grund internationaler Vereinbarungen vorgelegenen Scheckgesetzes beim Reichstag zu. Eine Verordnung über die Ausdehnung der Eidgebühren auf die zur Längenmessung und zur Flächenmessung dienenden Meßwerkzeuge wurde vom Reichsrat abgelehnt, desgleichen eine Verordnung über eine teilweise Senkung der Eidgebühren. In den Reichsratsausschüssen hatte diese letzte Verordnung zu ausgedehnten Beratungen geführt, da ein Teil der Länder glaubte, eine Gebührenerhöhung aus finanziellen Gründen nicht tragen zu können. Die Regierung hat daraufhin ihre ursprünglichen Vorschläge noch beschränkt, indem eine Gebührenerhöhung nur in einigen bestimmten Fällen ab 1. April 1933 eintritt. Endlich beschloß der Reichsrat, daß die demnächst freiwerdenden zwei Reichsgerichtsratsstellen durch die beiden dienstältesten Hilfsrichter besetzt werden sollen.

Die Aushebung der Bafälsherwerkstatt in der Kaiserallee

Berlin, 1. Dezember. Die Aushebung der Bafälsherwerkstatt in der Kaiserallee stellt sich, wie der Polizeipräsident mitteilt, mehr als ein bedeutender Schlag gegen die kommunistische Partei dar und kann darüber hinaus als ein Beweis für die illegale Betätigung der Kommunisten angesehen werden. Es ist dies die fünfte Entdeckung derartiger Nischenwohnungen, von denen die bedeutendste bisher die Aushebung der Reußküller kommunistischen Bafälsherwerkstatt im Jahre 1924 war. Die beiden verhafteten Personen Wiedn und Kohler sind zweifellos Anhänger der kommunistischen Partei, denn es wurden bei ihnen ein kommunistisches Abzeichen bzw. kommunistische Schriften gefunden. Wiedn dürfte der eigentliche Leiter des Unternehmens gewesen sein. Er hat wiederholt Reisen ins Ausland, und zwar nach Frankreich, der Tschechoslowakei und auch nach Rußland gemacht. Bei der Reise nach Rußland bediente er sich eines von ihm selbst hergestellten auf den Namen Turgel lautenden Pässes.

Weitere Verzögerung der Reise

Hitler kommt nicht nach Berlin — heute wohl noch Entscheidung

Eine parteioffizielle Erklärung

Weimar, 1. Dez. Die Reichspressestelle der NSDAP teilt mit: Gegenüber dem von politisch interessierter Seite systematisch in die Öffentlichkeit gebrachten Meldungen, wonach Adolf Hitler zugesagt, mitgeteilt oder auch nur beabsichtigt habe, zu Verhandlungen über die Regierungsbildung mit irgend welchen amtlichen Stellen nach Berlin zu kommen, wird hiermit parteiamtlich festgestellt, daß alle diesbezüglichen Meldungen frei erfunden sind, um die öffentliche Meinung zu verwirren. In derartigen Verhandlungen mit den zur Zeit in Berlin mit der Rabinettbildung besetzten Persönlichkeiten lag und liegt für die NSDAP keinerlei Anlaß vor, da ja Adolf Hitler bereits am 23. November dem Herrn Reichspräsidenten seinen der Öffentlichkeit bekannten, festumrissenen, klaren und eindeutigen Vorschlag zur Lösung der Regierungskrise in allerzögster Frist unterbreitet hat. Die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung dieses Vorschlages, der im Interesse von Volk und Vaterland unter Umgehung aller verwirrenden Begriffe gemacht ist, und keinerlei Raum zu Unklarheiten läßt, lag und liegt nicht bei der NSDAP, deren gradlinige Haltung seitdem tagtäglich durch die nationalsozialistische Presse in aller nur wünschenswerten Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht worden ist. Demgemäß hat sich auch Adolf Hitler am Dienstagabend programmatisch nach Weimar begeben, um in den thüringischen Gemeindefunktionen einzugreifen. Alle andersgearteten Meldungen, insbesondere auch über Unstimmigkeiten innerhalb der nationalsozialistischen Führerschaft, sind unwaar.

Ein neuer Hitler-Brief

Berlin, 1. Dez. In einigen Berliner Abendblättern wird von einem neuen Brief Hitlers an den Reichspräsidenten gesprochen. Wie wir von unrichtiger Seite erfahren, ist dieser Brief tatsächlich eingegangen. Er enthält jedoch keine Neuigkeiten, die ihm eine außergewöhnliche Bedeutung geben würden, sondern bezieht sich nur auf die Vorschläge, die Hitler dem Reichspräsidenten innerhalb des bekannten Briefwechsels gemacht hat und lehnt jede weiteren Verhandlungen ab. Nach Auffassung unrichtigter Stellen steht der Brief in keinem direkten Zusammenhang mit den Bemühungen des Generals von Schleicher. Weiter erfahren wir, daß nach einer Besprechung zwischen dem Reichswehrminister und dem Reichskanzler, die am Donnerstagmittag stattgefunden hat, für 6 Uhr abends eine neue Besprechung beim Reichspräsidenten angesetzt wurde.

Weitere Verzögerung

Neue Besprechungen bei Hindenburg

Berlin, 1. Dez. Die Besprechung beim Reichspräsidenten am Donnerstagabend, an der wie üblich Reichskanzler von Papen, Reichswehrminister von Schleicher und Staatssekretär Dr. Meißner teilnahmen, dauerte etwa einundeneinhalb Stunden. Nach den Auskünften, die bisher zu erlangen waren, hat sie eine Entscheidung noch nicht gebracht. Es wird hinzugefügt, daß die Entscheidung wahrscheinlich Freitagmittag bekanntgegeben wird. Daraus läßt sich vielleicht entnehmen, daß zunächst Freitagvormittag noch weitere Besprechungen stattfinden sollen. Kein stimmungsmäßig muß man am Donnerstagabend den Eindruck haben, daß wieder alles offen ist, auch was die Frage der zu beauftragenden Kanzlerpersönlichkeit anlangt.

Die heutigen Abendbesprechungen beim Reichspräsidenten

Berlin, 1. Dezember. Zu der heutigen Abendkonferenz beim Reichspräsidenten erfahren wir noch, daß über die sachlichen Fragen des Programms der künftigen Regierung ein abschließendes Ergebnis erzielt worden sein dürfte. Die Frage der Persönlichkeiten des neuen Reichskanzlers ist vollkommen offen. Die Chancen für Reichskanzler v. Papen und General v. Schleicher werden in politischen Kreisen mit 1:1 gekennzeichnet.

In diesem Zusammenhange wird auch betont, daß die Antwort der Nationalsozialisten vollkommen negativ ausgefallen ist, so daß nicht mehr die geringste Wahrscheinlichkeit eine Unterstützung oder Auktorisierung eines Kabinetts von Schleicher erwarten läßt. Daraus ergibt sich wohl, daß nun General v. Schleicher nicht mehr allein im Vordergrund ist, sondern die Aussichten sich auf ihn und Herrn v. Papen gleichmäßig verteilen. Es steht fest, daß die neue Reichsregierung eine Politik macht, die nicht mehr davon abhängig ist, welche der beiden Persönlichkeiten an ihrer Spitze stehen wird. Daraus darf man wohl schließen, daß auch das Regierungsprogramm des Reichskanzlers

v. Papen sich fast ausschließlich auf die wirtschaftlichen Fragen konzentrierten würde. Morgen mittag wird nun noch Geheimrat Eugenberg vom Reichspräsidenten empfangen werden und dann soll im Laufe des Nachmittags endgültig die Entscheidung auch in der Personalfrage fallen.

Freiherr von Neurath

geht erst nach Bildung des Kabinetts wieder nach Genf

Berlin, 1. Dez. Zu den Presseerörterungen über die Frage einer Zusammenkunft der führenden Staatsmänner in Genf zur Besprechung der Gleichberechtigungsfrage erfahren wir von zuständiger Stelle, daß der deutsche Reichsaußenminister Freiherr von Neurath erst nach Bildung des neuen Reichskabinetts nach Genf fahren wird. Die führenden Staatsmänner der anderen Mächte, die, wie bekannt, bereits in einigen Tagen wieder in Genf eintreffen, sind darüber unterrichtet und haben ihr Verständnis für das Verbleiben des Reichsaußenministers in Berlin zum Ausdruck gebracht. Deutschland ist bei den zu erwartenden Verhandlungen über die Randshurestrage durch den Geandten v. Weizsäcker vertreten.

Die Berliner Presse zur innerpolitischen Lage

Berlin, 2. Dezember. In den Erörterungen der Morgenblätter über die geistige Entwicklung der innerpolitischen Situation spielt die Auffassung die Hauptrolle, daß durch die ablehnende Haltung der Nationalsozialisten nunmehr wieder eine Kanzlerschaft Papens Wahrscheinlichkeit gewonnen hat.

Die „Völkische Zeitung“ nennt als Grund, daß die Fühlungsnahme mit den Gewerkschaften nicht das erwartete Ergebnis gehabt habe, denn deren Forderungen seien so weitgehend, daß auch Schleicher sie nicht erfüllen könne. Die „Germania“, die ebenfalls mit einer Wiederbetragung v. Papens rechnet, sagt, man müsse der weiteren politischen Entwicklung mit der größten Stetigkeit entgegensehen. Sehr eindringlich warnt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vor einer Berufung Papens, die das Blatt als eine Erfüllung des höchsten Wunsches von Dr. Göttsches bezeichnet, der in der NSDAP den agitatorischen Einschlag am härtesten vertrete. Nach dem Scheitern des Planes, die Nationalsozialisten an der Verantwortung zu beteiligen, müsse eine Lösung gesucht werden, die wenigstens für später nicht alle Möglichkeiten der Wiederankämpfung töte. Gegen Schleicher werde die Opposition der NSDAP wesentlich anders aussehen als bisher. Das Blatt behauptet in diesem Zusammenhang auch, daß eine Anzahl hervorragender Mitglieder des alten Kabinetts, u. a. Dr. Brauns, ihre Ämter unter diesen Umständen zur Verfügung stellen würden.

Forderungen der Gewerkschaften

Berlin, 1. Dez. Der „Vorwärts“ veröffentlicht ein Schreiben des ADGB an den Reichswehrminister, das, wie erläutert hingefügt wird, nach der Besprechung des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit General von Schleicher auf dessen Wunsch hin verfaßt wurde, um die in der Unterredung aufgestellten Forderungen der Freien Gewerkschaften darzulegen und zu begründen. Zu dem durch die Verordnung vom 5. September den Arbeitnehmern gegebenen Recht, die Löhne für die 31. bis 40. Stunde zu kürzen, wird erklärt, dies habe eine große Beunruhigung in den Betrieben und zahlreiche Streiks verursacht, obwohl ein großer Teil der Unternehmer auf die Ausübung dieses Rechts von vornherein verzichtete. Das Schreiben fordert weiter: „Die Verkürzung der Arbeitswoche auf 40 Stunden muß unverzüglich als gesetzliche Maßnahme durchgeführt werden“, was damit begründet wird, daß der durch die erwähnte Verordnung geschaffene Anreiz zur Verkürzung der Arbeitswoche auf 40 Stunden verjagt habe, angesichts der Massenarbeitslosigkeit aber verlängerte Arbeitszeit und Überstunden über 40 Wochenarbeitsstunden hinaus nicht länger geduldet werden könnten.

Sodann wird verlangt, daß das System der Steuerzuschüsse dahin umgestaltet sei, daß entsprechende Steuerzuschüsse als Grundlage für die Finanzierung öffentlicher Arbeiten verwendet werden könnten. Diese Maßnahmen, so wird erklärt, machten etwa 1,75 Milliarden RM. ohne geringste Inflationsgefahr für Arbeitsbeschaffung frei und ermöglichten die Wiederbeschäftigung von einer Million Arbeitslosen. Abschließend zählt der Brief noch die folgenden Forderungen auf: „Die durch die früheren Verfügungen herbeigeführten Verschlechterungen der Sozialleistungen müssen im Rahmen der Möglichkeit rückgängig gemacht werden; die Verordnung der Arbeitslosen muß namentlich in dem bevorstehenden Winter ausreichend verbessert werden; jeder weitere Angriff auf die Löhne und die Rechte der Arbeiter muß unterbleiben; die Unabhängigkeit der Tarifverträge, die durch die Verordnung vom 5. September aufgehoben war, muß für die Zukunft unangestastet bleiben.“



Aus dem Gerichtssaal

80 000 RM. verurteilt

Vor dem Dresdener Schöffengericht hatte sich der langjährige Kassierer der Sektion Dresden des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereins, Anjou, wegen der umfangreichen Unterschlagungen zu verantworten, die im Juli d. J. aufgedeckt wurden und damals großes Aufsehen erregten. Er war voll geständig und erklärte die Unterschlagungen mit einem Defizit, das ihm im Jahre 1924 entstanden sei. Im übrigen gab er zu, im Laufe der Jahre über 30 000 RM. für Zwecke seines Haushalts verbraucht zu haben. Das übrige Geld sei bei seinem ausschweifenden Leben und bei verlustreichen Spekulationen, sowie teilweise auch durch Spielverlust draufgegangen. Der Angeklagte wurde wegen schwerer Vermögensschädigung und wegen Untreue in Tateinheit mit Unterschlagung zu drei Jahren drei Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Handel und Verkehr

Wöchentliche Berliner Devisenkurse vom 30. Nov. und 1. Dez.

Buenos Aires (1 Par. Peso)	0,863	0,867	0,863	0,867
London (1 Pfund)	13,35	13,39	13,54	13,58
Newport (1 Dollar)	4,209	4,217	4,209	4,217
Amst.-Rotd. (100 Gulden)	169,33	169,67	169,33	169,67
Brüss.-Wism. (100 Belas)	58,27	58,39	58,27	58,39
Paris (100 Fr.)	16,46	16,50	16,455	16,496
Schwetz (100 Fr.)	80,92	81,08	80,92	81,08
Wien (100 Schilling)	51,95	52,05	51,95	52,05

Wirtschaft

Konturje und Vergleichsverfahren im November 1932. Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamtes wurden im Monat November 1932 durch den Reichsanzeiger 449 neue Konturje — ohne die wegen Walfangabens abgelehnten Anträge auf Konturjerklärung — und 267 eröffnete Vergleichsverfahren bekanntgegeben. Die entsprechenden Zahlen für den Vormonat stellen sich auf 459 bzw. 282.

Börse

Berliner Börsenbericht vom 1. Dez. Da es nach den Internationalen der heutigen Morgenpresse den Anschein hatte, als ob die innerpolitische Lage bereits durch ein bevorstehendes Präsidialkabinett Schleicher geklärt und die Kabinettsbildung selbst ziemlich weit vorgeschritten sei, war die Stimmung für Aktien durchaus freundlich. Eine Reihe von günstigen Momenten aus der Wirtschaft hatte zudem weiteres Kaufinteresse bei der Kundenschaft ausgelöst. Im allgemeinen gab es Kursbesserungen bis zu 1 Prozent. Am Anlagemarkt war keine einheitliche Tendenz festzustellen. Im allgemeinen sprach man von gut behaupteten Kursen, deutsche Anleihen zeigten allerdings zur Schwäche. Am Geldmarkt trat nach dem Ultimo eine Erleichterung ein, der Satz für Tagesgeld ermäßigte sich auf 4,84 Prozent, vereinzelt auch schon auf 4,75 Prozent, und dem Privatdiskontangebot stand auf der anderen Seite auch schon wieder kleine Nachfrage gegenüber.

Getreide

Berliner Produktenbörse vom 1. Dez. Weizen märk. 194—196, Roggen märk. 154—156, Braugerste 170—180, Futter- und Industrieernte 161—168, Hafer märk. 124—129, Weizenmehl 24—27, Roggenmehl 19,75—22,10, Weizenkleie 9,45—9,75, Roggenkleie 8,75—9,10, Viktoriaerbsen 21—26, kleine Speiseerbsen 20—22, Futtererbsen 14—16 RM. Allgemeine Tendenz: abwärts.

Märkte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 1. Dezember. Zutrieb: 6 Ochsen, 3 Bullen, 22 Jungbullen, 3 Kühe, 61 Kälber, 199 Rinder, 458 Schweine. Unverkauft: 4 Ochsen, 5 Jungbullen, 2 Kühe, 30 Kälber.

Bullen: ausgem. 23—24 (una.), vollk. 21—22 (una.), Rinder: vollk. 24—28 (una.), H. 20—23 (una.), Kälber: feinste Rast- und beste Saugk. 30—33 (30—34), mittl. 25—28 (una.) ger. 21—24 (20—24). Schweine: über 300 Pfd. 44—45 (una.), von 240—300 Pfd. 43—44 (una.) von 200—240 Pfd. 42—44 (42—43), von 180—200 Pfd. 41—42 (40—41), von 120—160 und unter 120 Pfd. (38 bis 39) RM. Verkauf: Großvieh schleppend, Ueberhand; Kälber rubig bis Schweine mäßig.

Mannheimer Schlachtviehmarkt vom 1. Dez. Zutrieb: 134 Kälber, 111 Schafe, 67 Schweine, 797 Ferkel und Läufer. Preise: Kälber b 33—35, c 27—30, d 22—25, Schafe b 21—25 RM. Ferkel pro Stück: Läufer 14—18 Ferkel bis 4 Wochen 6—10, über 4 Wochen 11—13 RM. Marktverlauf: Kälber schleppend, langsam geräumt; Schweine nicht notiert; Ferkel und Läufer rubig.

Viehpreise. Buchau a. B.: Jungvieh 80—130, Kalbweib 280 bis 340, Antellkühe 80—130 RM. — Kottweil: junge Ferkel 300—900, ältere 200—500, 1 Paar schwere Ochsen 800—1000, 1 Paar Anselinge 400—600, trüchtige Kühe 250—280, Milchkühe 220—300, Wurfsüße 170—200, junge Kalbinnen 180—250, trüchtige Kalbinnen 280—380, Jungrinder 65—180 RM. — Wiesensteig: Kalbweib 445, Jungvieh 114—135, Kälber 182—215, Stiere 242 RM.

Schweinepreise. Buchau a. B.: Milchschweine 8—14 RM. — Buchau a. B.: Milchschweine 12,50—17,50 RM. — Niederstetten: Milchschweine 11,50—16 RM. — Kottweil: Milchschweine 8,50—14 RM. — Waldsee: Milchschweine 12 bis 17,50 RM. — Wiesensteig: Milchschweine 13—18 RM.

Kalbfleisch, 1. Dez. (Zuchtviehversteigerung). Die 5. Zuchtviehversteigerung des Verbandes der oberbayerischen Zuchtgenossenschaften war mit 43 Zuchtartern im Alter von 12—18 Monaten und 20 trüchtigen Kalbinnen besetzt. Etwa 500 Kaufliebhaber hatten sich eingefunden, die in zu Anfang etwas zögernden, später aber durchweg flotten Versteigerungsgang 33 Ferkel und 17 Kalbinnen versteilerten. Die Preise für Zuchtartern bewegten sich zwischen 475 und 1200 RM., für Kalbinnen zwischen 340 und 570 RM.

Stuttgarter, 1. Dez. (Wollmarkt auf dem Nordbahnhof). Seit 28. November wurden 55 Wagen neu eingeführt, nämlich aus Oesterreich 28, Jugoslawien 13, Italien 16. Nach auswärts sind inzwischen 13 Wagen abgegangen. Preis wagenweise für 10 000 Kilo von 800—1050, und zwar für Ost aus Italien 800—880, im übrigen 1000—1050, im Kleinverkauf 4,80—5,60 RM. pro Zentner.

Stuttgarter Großmärkte vom 1. Dez. Kartoffelmarkt auf dem Leonhardswald. Zufuhr 30 Zentner. Preis 2,80—3 RM. — Wollmarkt auf dem Nordbahnhof. Zufuhr 100 Zentner. Preis 5,80—5,80 RM. je für 1 Zentner.

Beste Nachrichten

Der Braunschweiger Afta aufgelöst

Braunschweig, 2. Dezember. Die braunschweiger Studentenenschaft der Technischen Hochschule hat gestern abend nach längerer, teilweise äußerst lebhafter Debatte beschlossen, den Afta aufzulösen. Der erste Vorsitzende Brede soll die Geschäfte bis zur Neuwahl weiterführen. Die Neuwahlen zur Afta sollen in kürzester Zeit durchgeführt werden.

Städtetag kündigt ein Arbeitsbeschaffungsprogramm an

Berlin, 1. Dezember. In einer Besprechung zwischen dem Präsidenten des Deutschen Städtetages Dr. Ruleri und den Gewerkschaftsführern Leipart und Otte kam die Ansicht zum Ausdruck, daß die bisherigen Maßnahmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft nicht ausreichen, weil die öffentliche Hand nicht genügend eingeschaltet sei. Infolgedessen müsse eine Beteiligung der öffentlichen Wirtschaft an den Steuergütern gefordert werden. Der Vorstand des Deutschen Städtetages will der Reichsregierung Pläne für ein ganz konkretes Arbeitsbeschaffungsprogramm vorlegen, dessen Durchführung und Finanzierung alsbald möglich sei, so daß mit den dringlichen Arbeiten noch vor Ansetzen des Winters begonnen werden könne.

Wegen Transportgefährdung zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt — Gerichtliches Nachspiel zum Berliner Verkehrsstreit

Berlin, 1. Dezember. Das Sondergericht verurteilte heute die 35jährige Therese Strud wegen Transportgefährdung und schwerer Körperverletzungen zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus. Die Verurteilte hatte während des Verkehrsstreits in Schöneberg einen faustgroßen Stein auf einen Straßenbahnwagen geworfen, der eine Scheibe zertrümmerte und eine im Wagen sitzende Frau am Kopf verletzte.

Krawalle der Arbeitsdienstfreiwilligen in Nowawes

Nowawes, 1. Dezember. Ungefähr 200 Mitglieder des freiwilligen Arbeitsdienstes, die ihre Arbeit niedergelegt hatten, rotteten sich heute vormittag vor dem Rathaus zusammen. Sie verlangten im Sprechchor Lohnzulagen und warme Kleidung für den Winter. Da die Lage für das Rathaus bedrohlich wurde, ließ die Stadtwartung die Polizei herbeirufen, die den Platz vor dem Rathaus mit dem Gummiknüppel räumte.

Gestorben

Calw: Katharine Eberhardt geb. Gengenbach, 85 J. a.

Wetter für Samstag

Nach Frankreich ist Tiefdruck vorgebrungen, der sich auch in Süddeutschland geltend machen dürfte, so daß für Samstag beständiges Wetter zu erwarten ist.

Verantwortlich für die Schriftleitung: L. Lauf. Druck und Verlag der W. Kieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.

Ev. Kirchenpflege Altensteig.

Kirchensteuereinzug

im Gemeindehaus am Samstag, den 3. Dezember 1932 von 2—5 Uhr.

Bezahlungen werden auch in der Wohnung angenommen. Kirchenpflege: Reuter.

Altensteig.

Morgen Samstag

Mikelfuppe

wogu freundlichst einladet



Lander zum „Rößle“.

Arterienverkalkung,

Magen-, Herzleiden, Blasen-, Nieren- und Leberbeschwerden, Darmstörungen, sowie Rheumatismus, Gicht, Vorgebeugt, größte Erfolge durch den garantiert echten

Nerus Knoblauchsft

Bei Zucker: „Nerus“, Meerrettichsaft. Große Packung Mk. 2.75. Löwen-Drogerie, Hiller.

Fahrt am Montag zum Haslacher Markt

Abfahrt 4 Uhr Simmersfeld über Altensteig — Spielberg, (Ordnungsbuch erwarte ich an der Garmeller Brücke).

Harr, Simmersfeld.

Deutsches Ski-Liederbuch

Preis M. 1.— zu haben in der

Buchhandlung Lauk

in Altensteig und Nagold

Altensteig

- Winter-Mäntel
- Geschäfts-Mäntel
- Herren-Anzüge
- Knaben-Anzüge
- Arbeits-Anzüge
- Herren-Pullover
- Sport-Hosen
- Arbeits-Hosen
- Windjacken
- Sportstrümpfe
- Herrenhemden
- Hosenträger
- Kragen und

Cravatten empfiehlt zu äußerst billigen Preisen

Fritz Wizemann.

Advents-Kalender

zu 40, 70 J. sowie M. 1.10 sind zu haben in der

Buchhandlung Lauk

in Altensteig und Nagold

Weihnachts-

- Dekorations-Papier
- Schaufenster-Papier
- Krepp-Papier
- Einwickel-Papier

Weihnachts-Teller und -Beutel

für Bescherungen in der

Buchhandlung Lauk

Altensteig und Nagold.

Simmersfeld, den 29. Nov. 1932.

Danksagung.



Allen denen, die unserem lieben Entschlafenen

Johannes Waidelich

während seiner Krankheit Liebe erwiesen u. ihn zu seiner letzten Ruhestätte begleitet haben, sagen wir herzl. Dank. Insbesondere danken wir Herrn Pfarrer Rehm für die trostreichen Worte am Grabe, sowie Herrn Bürgermeister Metzger für die ehrenden Nachrufe im Namen des Militärvereins, besonders danken wir noch Herrn Hauptlehrer Claß für den schönen Gesang des Kirchenchors.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Kathrine Waidelich mit Kindern.

